

Einmal wöchentlich. Bezugspreis: für Juli 2 R.-M. ausf. ...

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung ...

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Verantwortliche der Sächsischen Volkszeitung ...

Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung ...

Zentrum und Bayerische Volkspartei

Wie wir bereits mitgeteilt haben, haben sich die Verhandlungen der jüngsten Tagung des Reichsparteivorstandes in Berlin ...

In allen Parteikreisen wird diese Situation, wie sich auf Grund der Bamberger Besprechungen, und namentlich der Stellungnahme des Reichsparteivorstandes der Zentrumspartei ...

Der kommende Reichsparteitag des Zentrums

Der Beschluß des Reichsparteivorstandes, der dieser Tage in Berlin tagte, in den Tagen vom 4. bis 6. Oktober ...

Seitdem der Reichsparteitag abgehalten wurde, hat sich die Reichspolitik vielfältigen Wandlungen unterzogen müssen.

Zeit, an die man heute nur noch mit Schrecken zurückdenkt, hat der Führer der Deutschen Zentrumspartei die Jügel der Reichsleitung ergriffen.

Die jüngsten Reichstagswahlen haben das Zentrum in alter Stärke wieder in den Reichstag gebracht, indessen wird nicht daran vorübergegangen werden können, die inneren organisatorischen Verhältnisse der Partei ...

Die innere Geschlossenheit der Partei steht nach all den Stürmen, die sie bisher überdauert haben, und deren schärfster bei den Reichstagswahlen am 4. Mal grundsätzlich abgeschlagen worden ist, außer allem Zweifel.

Der kommende Reichsparteitag des Zentrums wird eine hohe und bedeutungsvolle Aufgabe zu erfüllen haben.

Was zuerst notwendig ist

Berlin, 2. Juli. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat im Reichstag eine Interpellation eingebracht, die sich mit der Wirtschaftskrise befaßt.

Diese Interpellation der Deutschnationalen ist insofern beachtenswert, als darin mit Recht festgestellt wird, daß die Grundursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in der Außenpolitik zu suchen sind.

digengutachten gesagt, daß die gegenwärtige Währungs nicht in einem stabilen Zustande sei, sondern nur ein labiles Gleichgewicht besitze.

Die Rückkehr der Ausgewiesenen

Berlin, 2. Juli. Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete hat u. a. folgendes beschlossen: Mit ihren Familien ausgewiesene Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reiches, der Länder und Gemeinden, die im unbesetzten Gebiete eine entsprechende Wohnung und Beschäftigung haben, sind, soweit nicht ein dringendes Dienstinteresse entgegensteht,

Zur Neuordnung der Lichtspielzensur

Dem Reichstag liegt ein Antrag Dransfeld (Ztr.) vor, der von der Reichsregierung eine baldige Nachprüfung des Lichtspielgesetzes vom 12. Mai 1920 verlangt, und zwar im Sinne einer Dezentralisation des Prüfungswesens, einer Erweiterung der Befugnisse der Landeszentralbehörden und örtlichen Behörden, sowie eines verstärkten Schutzes unserer Jugend und Volkskultur.

Was der Antrag Dransfeld fordert, geht natürlich weit über eine bloße Korrektur des Lichtspielgesetzes hinaus; er bezweckt eine radikale Umgestaltung der Lichtspielzensur überhaupt.

Davon kann natürlich keine Rede sein; der Antrag Dransfeld will lediglich im Interesse der geistigen und sittlichen Erziehung des Volkes und insbesondere der Jugend eine schärfere Bekämpfung von Schmutz und Schund, wodurch das anständige Lichtspielgewerbe in keiner Weise betroffen wird.

Man sollte sich hüten, aus der Frage der künftigen Gestaltung des Lichtspielgesetzes — an dessen Notwendigkeit kein ernst zu nehmender Mensch mehr zweifelt — eine parteipolitische Frage zu machen, wie das der sozialdemokratische Abgeordnete Steinhopf in Nr. 145 des „Filmkuriers“ tut.

„Weshalb ist man nicht ganz offen und sagt, daß sämtliche katholischen Jungfrauen- und Junglingsvereine die örtlichen Zensurbehörden sein sollen? Weshalb sagt man nicht offen, daß man für sie die Befugnisse wünscht, auch Anfertigte Filme nach Belieben verbieten und das Theater schließen zu können.“

Wir werden uns diese Glossen des Herrn Steinhopf, der, nebenbei bemerkt, als Beisitzer bei der Oberprüfstelle fungiert, wohl merken; sie beweisen uns, daß der im Lichtspielgesetz vorgesehene Schutz des „religiösen Empfindens“ noch lange nicht ausreicht, wenn Leute von der Gesinnung des Herrn Steinhopf mit der Anwendung des Gesetzes beauftragt sind.

ernst zur Rückkehr verpflichtet, wenn eine ausreichende Wohnung und Beschäftigung zugewiesen werden kann.

Speyer, 2. Juli. Die französische Provinzialdelegation hat gestern der preussischen Kreisregierung eine Liste mit den Namen von 7000 Ausgewiesenen, darunter über 2000 Pfälzer, überhand, deren Ausweisung endgültig zurückgenommen worden ist.